



07.04.2022

Stellungnahme zum Haushalt 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushalt der Gemeinde steht auch 2022 vor großen Herausforderungen. Hatten wir im vergangenen Jahr „nur“ die Corona-Krise mitzubewältigen, so müssen wir konstatieren, dass diese Krise noch nicht vorüber ist, sondern, dass mit dem kriegerischen Überfall auf die Ukraine ein Umstand hinzugekommen ist, dessen Auswirkungen bereits auch in Schlangen angekommen sind, deren Dauer, Ausmaß und Umfang bei weitem nicht feststehen.

Nachdem im HH 21 bereits 553.000 € durch die gesetzlichen Vorgaben isoliert werden konnten, sind im HH 22 hier 663.000 € vorgesehen, zusammen 1.216.000 €, diese Summe tragen wir als Schulden vor uns her, sie werden uns einholen, denn sie müssen ab 2025 beglichen werden.

Kredite und Schulden schränken unsere Handlungsmöglichkeiten ein. Alleine der Stand der Verbindlichkeiten für die Investitionskredite in Höhe von 7.270.000 €, Ende 2020, soll laut HH-Entwurf auf 9.545.000 € - Ende 2022 – steigen (Stand 30.3.22) Zudem ist der weitere Anstieg der Liquiditätskredite geplant, zusätzlich über 2 Millionen. Das belastet. Zu bedenken ist, dass allgemein mit einem Anstieg der Zinsen zu rechnen ist.

Das wir als Kommune unserer Verantwortung den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, genauso wie für alle Flüchtlinge generell, gegenüber gerecht werden, steht außerhalb der Debatte, es ist selbstverständlich. Nur, selbstverständlich ist es aber auch, Ausgabensteigerungen auf der einen Seite, durch Minderausgaben auf der anderen Seite auszugleichen. Ob und wie das möglich ist, muss stets geprüft werden.

Dieser Wille lässt sich aus dem HH-Entwurf nicht ohne weiteres herauslesen. Denn die Höhe der geplanten Investitionen stehen Einnahmen gegenüber, die nicht ausreichen, somit muss die Gemeinde zusätzliche Schulden machen. Richtig ist, ein Teil dieser zusätzlichen Kredite ist unabweisbar. Umso kritischer müssen alle anderen Ausgaben

betrachtet werden. Weitere Schulden, insbesondere wenn es sich um freiwillige Leistungen, dürfen dann unserer Ansicht nach, nicht mehr gemacht werden

Wir haben klare Vorstellungen wie ein solider Haushalt aussieht. Gleichwohl tragen wir die Schwarze Null nicht als Monstranz vor uns her, das sehen wir wie die Bundesregierung. Besondere Umstände erfordern besondere Maßnahmen.

Wir müssen als Kommune handlungsfähig bleiben, wir müssen agieren können, um die großen Herausforderungen anzugehen.

Hierzu gehört, dass wir die Kriegsflüchtlinge gut unterbringen können. Aktuell funktioniert das auf der privaten Ebene sehr gut. Allen, die sich hier engagieren, möchte wir unseren Dank aussprechen. Nichtsdestotrotz müssen wir bereit sein, weitere Flüchtlinge auch in kommunalen Gebäuden unterzubringen. Deshalb ist es zwingend, dafür umgehend Vorkehrungen zu treffen.

Ein wesentlicher Grund, dem HH zuzustimmen. Wir können und dürfen uns da nicht selber im Wege stehen.

In unseren Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss haben wir an 2 geplanten Baumaßnahmen große Bedenken angemerkt. Dazu gehört auch die Überlegung eines Verwaltungsanbaus am denkmalgeschützten Bauamt.

In den Haushaltsberatungen kam am 31.3. die Information, dass ein Bürogebäude in unmittelbarer Rathausnähe zum Verkauf ansteht. Eine sehr schnelle Entscheidung ist dann erforderlich. Eine solche Gelegenheit kommt langfristig nicht wieder. Sollte dieser Kauf durchgeführt werden, würden wir dem definitiv unsere Zustimmung erteilen. Der Anbau am Bauamt hätte sich dann erledigt.

Im Personalhaushalt hat es Zuwächse gegeben, weitere sind geplant. Ein Hinweis dazu: die von uns verlangte Organisationsuntersuchung ist nunmehr im HH etatisiert.

Neues Personal benötigt Büroräume. In zahlreichen Betrieben und Stadtverwaltungen werden bereits Umstrukturierungen vorgesehen, die durch die Erfahrungen mit dem Home-Office davon ausgehen, dass zukünftig für 2 Mitarbeiter ein Schreibtisch ausreichend sein könnte. Genau solche Überlegungen erwarten wir von unserer Verwaltung. Im Normalfall hätte erst dieses Konzept vorliegen müssen, um in konkrete Raumplanungen einzusteigen. Nun läuft es umgekehrt. Diese oben erläuterten Umstände machen dann aber ein haushaltsmäßiges Umdenken notwendig und auch sinnvoll. Wir hoffen, dass der Kauf des Bürogebäudes rasch realisiert werden kann.

Kritisch hatten wir auch die Beschaffung eines Containers an der Gymnastikhalle gesehen. Im Laufe der Beratungen ist aber überzeugend nachgewiesen worden, dass diese Anschaffung für die planmäßige Durchführung des Schulsports der Grundschule zwingend ist, unsere Bedenken konnten ausgeräumt werden.

Solange wir kein festgezurrtes und durchfinanziertes Sportstättenkonzept haben, werden wir keinen weiteren Ausgaben hierfür zustimmen. Selbstverständlich gilt die

Zusage für die Sportanlage in Oe.-H., die mit 10% im HH berücksichtigt wird, daran halten wir definitiv fest.

Für den Bereich der Feuerwehr werden wir allen geplanten Investitionen unsere Zustimmung erteilen. Die Forderungen, wie im Brandschutzbedarfsplan niedergelegt, sollen planmäßig realisiert werden.

Ebenso kann sich der Bauhof darauf verlassen, dass die notwendigen Anschaffungen getätigt werden können.

Eine Anmerkung zum Straßenbau. Offensichtlich können wir die Planungen für die grundlegenden Straßensanierungen auf eine andere finanzielle Grundlage stellen. Nachdem die SPD schon lange die Abschaffung der Kommunalen Abgaben bei der Sanierung der Straßen gefordert hat, ist nunmehr kurz vor der Wahl in NRW ein Gesetz im Landtag auf den Weg gebracht worden. Das Land will zukünftig diese Sanierungen übernehmen. Die praktischen Umsetzungsvorschriften fehlen noch, aber hier zeigt sich, dass die Kommunen und Bürger entlastet werden könnten.

Zu Beginn habe ich erwähnt, dass die Schulden, die wir nach den gesetzlichen Vorgaben, isolieren konnten, eine zukünftige Belastung für den HH darstellen.

Heute ist festzustellen, dass nach den bekannten Planungen im kommenden Jahr wieder mit einer Steigerung der Kreisumlage zu rechnen ist. Erfreulich natürlich, dass diese im laufenden Jahr konstant bleibt. Nach den Absprachen wird die Kreisumlage steigen, wenn die Ausgleichsrücklage des Kreises unter 10 Millionen sinken würde.

Das laut der Prognose unser Jahresabschluss 2020 deutlich positiv ausfällt, freut uns, es erleichtert einiges. Letztlich ist dies aber kein Bargeld, sondern eine fiktive Summe, die dann eine gewisse Zeit vor der Haushaltssicherung schützt.

Frau Lübbers hatte, bei der Haushaltseinbringung am 10.3., in ihrer Funktion als Kämmerin, deutlich gemacht, dass erst ein umfangreiches Streichkonzert notwendig war, um den HH vor dem HSK zu retten. Für dieses Engagement danken wir.

Im Gegensatz zum Vorgehen des Bürgermeisters Knorr wurden in diesem Jahr die Fraktionen vor der Haushaltseinbringung nicht zu Planungsgesprächen eingeladen. Dies sollte sich nicht wiederholen. Dem Versprechen von BGM Püster – nämlich Transparenz und Offenheit – entspricht das nicht. Positiv sei vermerkt, dass es klare Signale gibt, 2022 frühzeitig in entsprechende Beratungen für den HH 23 einzusteigen.

Und hier noch mal ein Hinweis zum Thema „Wissenstransfer“. Mit Beginn der Amtszeit des neuen Bürgermeisters, wurde auf Grund seiner Entscheidung, die Person, die für den Wissenstransfer stand, für eine Fortbildung langfristig beurlaubt. Somit stand Frau Lübbers mit den Problemen der nicht fertig eingeführten Software Infoma alleine da. Aufgrund ihrer Beziehungen gelang es ihr, kompetente Fachleute zu engagieren, die im Finanzbereich hilfreiche Unterstützung geleistet haben. Die Ratsmitglieder konnten sich zuletzt von der Kompetenz zweier dieser Personen überzeugen.

Nun, Frau Lübbers hat uns leider verlassen. Die Stellenausschreibung für ihre Nachfolge, die Frau Lübbers, als seinerzeit verantwortliche Personalleiterin entworfen hat, wurde nicht übernommen. Sie wurde vom Bürgermeister verändert. Eine Verwaltungsausbildung wurde nicht zwingend mehr vorausgesetzt. Wir sind entschieden der Auffassung, dass diese Stelle von einer Person besetzt werden muss, die eine Verwaltungsausbildung – und Erfahrung mitbringt.

Zurück zum HH.

Der Haushalt zeigt in eine Richtung: weitere Verschuldung. Richtig ist, dass es auf dem letzten Meter noch Veränderungen gegeben hat. Die ursprünglich eingeplante Kreditaufnahme für Investitionen in Höhe von ca. 1,1 Millionen € wird nicht ausreichen.

Hinzugekommen sind jetzt noch die Ausgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen, dass hier ein höherer Bedarf einzuplanen sein wird, dass hatten wir bereits am 27.2. eingefordert. Zusätzlich kommen Gelder für den möglichen Kauf eines Bürogebäudes hinzu.

Nunmehr liegt die Schuldenhöhe, nur bei den Investitionen bei rund 1,9 Millionen €. Inwieweit das alles trägt, ist gleichwohl noch offen und mit Risiken behaftet

Hier erwarten wir ein deutliches Zeichen des Bürgermeisters. Er muss mehr tun, um den Weg in eine noch größere Verschuldung zu stoppen. Diesen Willen können wir bislang nicht erkennen. Dies gilt auch für einige Ratsfraktionen. Geld, was einem nicht selber gehört, auszugeben, ist gleichwohl ganz, ganz einfach. Damit wird der Boden für Steuererhöhungen im kommenden Jahr vorbereitet, dass ist die Kehrseite der Medaille, die selbstverständlich unter den Teppich gekehrt wird. Es ist ja auch schöner, mit „Wahlgeschenken“ zu prahlen.

Unser Ziel und Anspruch bleiben, wir müssen zu einem möglichst großen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben, insbesondere im investiven Bereich, kommen. Dieses Ziel erreicht der vorgelegte HH nicht.

Da, wie bereits ausgeführt, einige Ausgaben unabweisbar sind, und auch rasch realisiert werden müssen, werden wir – bei allen Bedenken - dem HH zustimmen.

Ein Zitat von Finanzminister Lindner zum Abschluss:

„Aber am Ende muss er mit den Ressourcen haushalten, die ihm zu Verfügung stehen.“
(C. Lindner, FAS vom 27.3.22)

Dieser Verantwortung muss der BGM gerecht werden, es besteht Nachholbedarf.

Michael Zans

(Fraktionsvorsitzender SPD)